

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125799 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 8 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 1. Februar 1950

Seite 1

Die CDU/CSU zu den Vorgängen in der Sowjetzone

A VI Sowj. bes. Zone

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands wendet sich mit folgender Erklärung gegen die ungeheuerlichen Gewaltmethoden, die von der SED und ihren verantwortungslosen Mitläufern gegen die Ostzonen-CDU ins Werk gesetzt worden sind.

„In der sowjetisch besetzten Zone häufen sich in den letzten Tagen die Gewaltakte gegen die letzten Repräsentanten eines eigenen politischen Willens der Bevölkerung. Die Aktion gegen den Vorsitzenden des Landesverbandes der CDU, Prof. Hickmann, ist in ihrer brutalen Inszenierung ein weithin sichtbares Signal für eine neue Phase dieser kommunistischen Unterdrückungspolitik

Auch der letzte gutgläubige führende Vertreter der Ost-CDU muß nun erkennen, daß der Kommunismus überall restlose Unterwerfung Andersdenkender erzwingt, wo ihm die Macht dazu gegeben wird. Von jenen anderen Männern, die durch fremde Eingriffe in verantwortliche Parteiämter eingesetzt wurden, und die sich aus Ehrgeiz und Schwäche über den Willen der Masse der Parteimitglieder hinwegsetzen, verlohnt es nicht zu sprechen. An diese breite Masse der Parteimitglieder und ihre Vertrauensleute in

mehr oder weniger verantwortlichen Aemtern der sowjetisch besetzten Zone wendet sich in diesen schweren Tagen die CDU/CSU. Wir wissen, daß die Mitgliedschaft der Ost-CDU im Gegensatz zu manchem ihr aufgezwungenen „Führer“ treu, mutig und beharrlich zu dem gemeinsamen Ziele einer deutschen, christlichen und demokratischen Politik stand und stehen wird, auch wenn sie diese ihre Meinung nur in der Stille und unter ständiger persönlicher Gefährdung vertreten konnte und kann. Die CDU/CSU sieht es als ihre verpflichtende Aufgabe an, dafür zu wirken, daß auch in der Sowjetzone bald die Voraussetzungen für eine freie politische Wirksamkeit des Einzelnen hergestellt werden, daß der Gewissenszwang aufgehoben wird, der jetzt lähmend über dem Leben der Bevölkerung in dieser Zone liegt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn ihre treuen Mitglieder in der sowjetischen Zone in ihrer stillen Arbeit fortfahren, wenn sie mit allen noch verbliebenen Möglichkeiten aufklärend wirken. Die CDU/CSU aber wird durch eine zielbewußte gesamtdeutsche Politik daran arbeiten, daß die Gewaltherrschaft der SED in der Sowjetzone so bald wie möglich durch die Einigung Deutschlands in einem demokratischen, alle deutschen Länder umfassenden Bundestag abgelöst wird.“

Martin Niemöller als enfant terrible

A IV 1 d Kirchen

Kirchenpräsident Niemöller hat in seinen Reden im In- und Auslande nicht immer das Maß an politischer Klugheit bewiesen, das man bei einer Persönlichkeit mit so reichen Erfahrungen voraussetzen darf. Nicht nur, daß seine meist überspitzten Formulierungen die geschichtlichen Tatsachen der jüngsten Vergangenheit hin und wieder bedenklich aus dem Lot bringen — betrüblicher noch sind die vom konfessionellen Standpunkt aus diktierten politischen Verlautbarungen, die nach Niemöllers Rückkehr aus Australien in der Öffentlichkeit nicht geringe Verwirrung angerichtet haben. Wir haben wiederholt die ernste Besorgnis ausgedrückt, daß Präsident Niemöller sich damit in eine sehr bedenkliche Nähe der ins Konfessionelle umgebogenen, von ausgesprochener Intoleranz diktierten politischen Linie gewisser SPD-Politiker begeben hat, deren parteiamtliche Sanktion soeben wieder Herr Ollenhauer auf einer Bremer SPD-Versammlung nachdrücklich unterstrich, indem er erklärte, der Versuch, eine Vormachtstellung des politischen Katholizismus in Europa zu schaffen, sei kein glückliches Vorzeichen für die erstrebte europäische Zusammenarbeit. Präsident Niemöller würde es als eine Beleidigung auffassen, wenn wir behaupteten, er habe bei der Parteizentrale in der Odeonstraße in Hannover geistige Anleihen aufgenommen. Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß seine politischen Verlautbarungen den Marxisten immer wieder Wasser auf die Mühlen der Parteimagination leiten. Dr. Bayer, der Privatsekretär Martin Niemöllers, hat kürzlich vor der Presse mit dem Unterton der Entschuldigung geäußert, Niemöllers Aus-

spruch, daß die Bundesrepublik „in Rom gezeugt und in Washington geboren“ worden sei, stelle „eine etwas überspitzte Formulierung dar“. Damit ist die Sache nicht aus der Welt geschafft. Wir hätten es im Interesse einer friedlichen Entwicklung der beiden großen Konfessionen und ihres Verhältnisses zur Bundesregierung lieber gesehen, wenn Niemöller persönlich den Mut aufgebracht hätte, die leider schon zum geflügelten Wort gewordene Entgleisung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Das ist leider nicht geschehen.

Wir hatten gehofft, daß Präsident Niemöller nach der Hallenser Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche (vgl. Nr. 7 vom 28. Januar) den Weg zur Toleranz und zur Objektivität zurückgefunden hätte. Wir hatten sogar gehofft, er habe, indem er diese Erklärung mit seinem eigenen Namen unterzeichnete, damit vor aller Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen wollen, daß er sich auf eine Politik weiser Mäßigung besonnen habe. Wir müssen zu unserem Bedauern bekennen, daß wir uns getäuscht haben. Nach Wiesbaden zurückgekehrt, erklärte er in einer Predigt, es sei schwer, in Deutschland Leute zu finden, die ihre Sache noch schlechter machten als die Politiker von 1945 bis jetzt. Diese neue Entgleisung Niemöllers kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, denn sie stellt eine grobe Beleidigung aller Männer und Frauen evangelischen Glaubens dar, die seit dem Zusammenbruch von ihrer Gewissensnot und von der tiefen Sorge um Deutschlands Zukunft getrieben, ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen die besten Kräfte

Denken Sie bitte an die baldige Einzahlung der Bezugsgebühren!

dem deutschen Volke und der deutschen Einheit gewidmet haben. Wir versagen es uns, mit dem Finger auf solche Leute zu weisen — es gibt ihrer genug in den Gemeindeparlamenten, in den Landtagen und in der Bundesregierung wie überall im Lande. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Männer und Frauen, die sich zum weitaus größten Teile aus innerster Ueberzeugung in der CDU/CSU zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, gegen die beleidigenden Aeußerungen Niemöllers in Schutz zu nehmen. Wir glauben, daß diese charakterfesten Persönlichkeiten eher im Geiste der Hallenser Resolution gewirkt haben als Herr Niemöller mit mehr als einem Anflug von Ueberheblichkeit für sich in Anspruch nimmt. Was darüber hinaus Herr Niemöller der Berliner Bevölkerung zum Vor-

wurf machte, daß nämlich dort nur noch Amerikaner und Russen anzutreffen seien, hat in der Berliner Presse, und diesmal ausnahmsweise sogar in dem der SPD nahestehenden „Telegraf“ eine scharfe Ablehnung gefunden.

Kirchenpräsident Niemöller hat aus dieser selben Ueberheblichkeit heraus in Wiesbaden erklärt, er stoße sich nicht an der Kritik von kirchlicher und außerkirchlicher Seite, er sei ein „politisierender Pastor“. Uns bleibt die Frage, was wir an ihm mehr bedauern sollen, den schlechten Politiker, oder den schlechten Pastor. Wir meinen, es wäre sehr an der Zeit, daß Kirchenpräsident Niemöller, nachdem er Porzellan genug zerschlagen hat, sich endlich auf die ihm übertragenen Amtspflichten besinnen sollte.

A II e 4 Bundestag

Ein beschämender Vorfall

Die skandalösen Vorgänge, die sich in der Bundestags-sitzung vom 26. Januar zugetragen haben, sind ein sehr eindrucksvoller Beweis dafür, wie weit unsere parlamentarische Vertretung noch von jenem Grad der Vollkommenheit entfernt ist, den wir so mühselig anstreben. Es ist immer ein Zeichen charakterlicher Unreife, wenn jemand versucht, dem Gegner seine Ansichten mit Faustschlägen beizubringen. Der Abg. Götzendorf von der WAV, der dieses Verfahren mangels sachlicher Ueberzeugungskraft an dem CSU.-Abg. Bodensteiner demonstrierte, hat damit bewiesen, daß er in der Bonner Volksvertretung am falschen Platze ist. Der Ausschluß von 20 Sitzungen ist die Mindeststrafe, die hier angebracht ist. Man braucht wegen dieses Vorfalles noch nicht gleich von einer Verwilderung der parlamentarischen Sitten zu sprechen, die wir aus der Weimarer Zeit noch in höchst unangenehmer Erinnerung haben. Aber ein Anfang dazu ist es ganz sicher. Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann braucht man sich demnächst über Saalschlachten bei Wahlversammlungen nicht zu wundern.

A IV 4 c Ein- und Ausfuhr

Schutzzölle für die Landwirtschaft

Vor der CDU/CSU-Fraktion hat Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard ein neues Schutzzollsystem für Mitte dieses Jahres angekündigt. Es soll die berechtigten Ansprüche der deutschen Landwirtschaft berücksichtigen. Für einen verstärkten Schutz der heimischen Produktion haben sich die westdeutschen Bauernverbände seit längerer Zeit mit wachsendem Nachdruck eingesetzt. Auf der gleichen Linie liegen Forderungen der kürzlich gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Gartenbau“. Ueber die angekündigten Maßnahmen hinaus wird es notwendig sein, auch bei den gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen die berechtigten Ansprüche der westdeutschen Landwirtschaft in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.

A IV 6 g Fürsorge

Beihilfe für Wehrmatsangehörige

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Ausschuß für Haushalt und Finanzen des niedersächsischen Landtages beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Bundesregierung Mittel zu beantragen, um auch in Niedersachsen für die ehemaligen aktiven Wehrmatsangehörigen und ihre Hinterbliebenen zur Beseitigung der größten Not beschleunigt eine einmalige Beihilfe auszahlen zu können. — Niedersachsen war eines jener Länder, in denen die sozialdemokratische Mehrheit Unterstützungen an ehemalige Wehrmatsangehörige bisher entschieden verweigerte. Wenn sich der zuständige Ausschuß nunmehr zu einer anderen Haltung entschlossen hat, so ist das der Initiative der CDU-Fraktion zu verdanken, die es als ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit betrachtet, auch diesem Personenkreis die längst fällige Unterstützung zu gewähren. Allerdings wird die Not der Betroffenen erst dann beseitigt werden können, wenn die einmalige Hilfe in eine dauernde umgewandelt und der formale Rechtsanspruch auf eine solche Unterstützung anerkannt wird.

A V 1 Sowj. bes. Zone

SED-Hetze gegen Professor Hickmann

Das Kesseltreiben der SED gegen den Landesvorsitzenden der sächsischen CDU, Prof. Dr. Hickmann, nimmt immer schärfere Formen an. Die organisierte Hetze, die sich gleichermaßen gegen den sächsischen Finanzminister Gerhard Rohner (CDU) richtet, hat mit der Forderung nach sofortiger Entfernung ihren Höhepunkt erreicht. Demonstranten der SED drangen in das Gebäude der Landesleitung ein und zwangen Prof. Hickmann, eine sogenannte Resolution entgegenzunehmen, die seine Absetzung als CDU-Vorsitzender forderte. Eine Lösung des Konfliktes hat sich als sehr schwierig erwiesen, da sich der politische Ausschuß und der Landesvorstand der sächsischen CDU hinter Hickmann und Rohner gestellt und eine Fortsetzung der Blockpolitik wegen der undemokratischen Methoden der SED abgelehnt haben. Nach den letzten Meldungen hat Außenminister Dertinger die Geschäftsführung des Landesverbandes übernommen.

A III 1 a DCU/CSU

Die CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag

Infolge eines technischen Versehens, das wir zu entschuldigen bitten, ist in der Nr. 1 vom 4. Januar erschienenen Zusammenstellung der Bundestagsabgeordneten der Lebenslauf des Abg. Hage nicht erschienen. Wir tragen ihn hiermit nach:

Hage, Johann, Kaufmann, Schleswig.

Geb. 4. 5. 1893 in Schleswig. Besuchte die Volksschule und wandte sich später dem Speditionsgewerbe zu. Seit 1919 selbständiger Kaufmann. Teilnehmer des ersten Weltkrieges. 1945 in die Stadt- und Kreisvertretung Schleswig gewählt. Mitbegründer der CDU in Schleswig und Vorsitzender des Ortsverbandes. Abg. des schleswig-holsteinischen Landtages und Landrat in Schleswig.

Zum Lebenslauf des Abg. Dresbach ist berichtend nachzutragen, daß Abg. Dresbach amtierender Landrat des oberbergischen Kreises und seit Oktober 1949 Präsident des deutschen Landkreistages ist. — Herr Abg. Dr. Kopp teilt uns mit, daß er nicht 1933 Stadtrat geworden sei, sondern daß er von 1930 bis 1933 Mitglied des Bürgerausschusses Freiburg war und daß er derzeit Mitglied des engeren Landesvorstandes der badischen CDU und Vizepräsident der Bad. Rechtsanwaltskammer ist.

Terminkalender

Eine Arbeitstagung der Kriegsoffiziersausschüsse der CDU der britischen Zone wird am 4. Februar in Königswinter veranstaltet.

Der CDU-Zonenausschuß der britischen Zone ist für den 6. Februar zu einer Sitzung gleichfalls nach Königswinter eingeladen. — Am 7. Februar tagt in Duisburg der Landesvorstand der CDU Rheinland. — In Recklinghausen treten am 8. Februar die Delegierten der kommunalpolitischen Vereinigung des Landesverbandes Rheinland zusammen. — Die Sozialausschüsse der CDU/CSU haben am 4. und 5. Februar in Oberhausen ihre Deutschlandtagung, die sich vor allem mit den Fragen des Mitbestimmungsrechts befassen wird.